

Liestal, 13. Mai 2025/BUD

Stellungnahme

Vorstoss	Nr. 2025/135
Motion	von Christine Frey
Titel:	Keine Privilegien bei Einspracherechten: Gleichbehandlung aller Verbände bei Nutzungsplanungen
Antrag	Motion als Postulat entgegennehmen

Begründung

Die Motionärin möchte die Einspracherechte von Umwelt- und Heimatschutzorganisationen bei kantonalen und kommunalen Nutzungsplanungen aufheben oder - sofern dies rechtlich nicht möglich sei - an jene anderer Verbände angleichen. Dabei nimmt Sie Bezug auf ihre vom Landrat am 27. Februar 2025 überwiesene Motion 2024/666 «Erweiterung des Einspracherechts im RBG auf weitere Organisationen und Interessensverbände». Diese verlangt, dass neben Umwelt- und Heimatschutzorganisationen auch weitere, thematisch betroffene Interessensverbände wie beispielsweise der HEV und der TCS das Recht erhalten, Einsprache gegen raumplanerische Entscheidungen zu erheben.

Es ist sinnvoll, die überwiesene Motion 2024/666 zusammen mit dem vorliegenden neuen Antrag zu bearbeiten und dem Landrat eine konsolidierte Lösung zu unterbreiten. Die Motion 2025/135 zeichnet dazu zwei mögliche Wege vor. Um die Auswirkungen, Vor- und Nachteile dieser Varianten vertieft zu untersuchen, wird die Umwandlung in ein Postulat beantragt.